

Streitkräften der drei Westmächte und die Beibehaltung des Besatzungsregimes im westlichen Teil der Stadt bleibt Berlin weiterhin gespalten. Während im Demokratischen Sektor mit Energie an der sozialistischen Umgestaltung gearbeitet wird, sind die Westsektoren Berlins so eine Art Insel mitten in der Deutschen Demokratischen Republik, die von den imperialistischen Mächten für ihre Wühlarbeit gegen die DDR und für die fortgesetzte Entfaltung des „kalten Krieges“ ausgenutzt wird. Die Arbeiter und Bauern, denen die Macht in unserem Staate gehört, sind deshalb im Interesse der Verteidigung ihrer Errungenschaften gezwungen, gewisse Maßnahmen zur Neutralisierung der von Westberlin ausgehenden feindlichen Tätigkeit zu treffen. Es kann wohl kein Zweifel daran bestehen, daß die Berliner Bevölkerung der Spaltung der Stadt, durch die normale wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen und andere Verbindungen gestört werden, gründlich überdrüssig ist. Wir empfinden diese Gefühle mit der Berliner Bevölkerung. Das sind die Folgen des Fortbestehens des Besatzungsregimes in Westberlin und der Weiterführung der Frontstadtpolitik durch die Westmächte, die Adenauer-Regierung und die Westberliner Behörden.

*Wir sind der Meinung, daß die Lage in Berlin unbedingt normalisiert werden muß.* Je schneller das geschieht, um so besser. Es ist bekannt, daß die Westberliner Behörden, beeinflusst durch die Stimmungen der Berliner Bevölkerung, angebliche Vorschläge zu einer sogenannten Normalisierung der Lage in der Presse veröffentlicht haben. Aber diese Vorschläge gehen am Kern des Problems vorüber und betreffen nur zweit- oder dritrangige Fragen. Die Vertreter des Westberliner Senats sprechen sehr viel von der Wiederherstellung von Telefonverbindungen, Straßenbahn- und Autobusverkehr und von der Erleichterung der Zollkontrolle, aber sie schweigen beharrlich über die Einstellung der gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichteten Agententätigkeit und Hetze gegen die DDR. Sie schweigen über die Auflösung der Spionage- und Agentenzentralen in Westberlin und erwähnen mit keinem Wort die Einstellung der Währungsspekulationen und der wirtschaftlichen Störtätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik. Sie sprechen auch nicht von der Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen beiden Teilen der Stadt. Aus diesem Verhalten ist ersichtlich, daß sie an der Lö-